

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung



Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 28 / 41. Jahrgang      Erscheint wöchentlich.      Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b      Bestellung bei allen Postämtern.      Berlin, 15. Juli 1927  
 Preis pro Vierteljahr 30 Pf.      Fernsprecher: Moritzplatz 2120      Mitglieber kostenlos

## Aus der Lederwarenindustrie.

Modenausflug — Preisbildung — Arbeiterlöhne  
 Sonstiges.

Der Teufel Mode plagt seit Jahr und Tag auch die Lederwarenindustrie aller Länder. Die Zeiten sind vorbei, wo die Damentasche verschiedene Gemister der Konfektionsmoden übersehen mußte. Die Dame von heute gebraucht im Laufe des Tages verschiedene Taschen, je nach der Tageszeit, der Farbe des Kleides und was sonst noch alles Form, Größe und Farbenton bestimmt. Allen Ernstes erzählte ein Fachblatt letzten, daß eine Dame in ein Geschäft tritt und eine Tasche verlangt, die zu der Farbe ihres Strumpfes paßt. Da diese Ansichten und Moden ständigem Wechsel unterliegen, so kann man ohne weiteres sagen, daß diese Zeiten einfach verrückt, wenn nicht als pervers zu bezeichnen sind. Es ist auch irrig, anzunehmen, daß dieser ruhelose Mode-Teufel für Arbeit sorgt und es uns als Arbeiter gleichgültig sein könnte, wie diese Leute ihr Geld verpulvern. Das Gegenteil ist der Fall.

Aus anderen Gründen heraus sehen wir heute den Fabrikanten sehr geneigt, nur für die Tagesbestellung zu arbeiten, und wenn dieses mit einer Anzahl von Ueberstunden geschieht. Man spricht auch noch von einem unlohnenden Geschäft, wenn diese Ueberstunden monatlang fortgesetzt werden. Doch darüber später einmal mehr. Das Auflagerarbeiten wird aber durch die heutigen Methoden und das Marktlösen der viel zu vielen Fabrikanten und Modemacher in unserem Gewerbe völlig unterbunden. Dabei weiß man ganz genau, daß die breite Masse, um mit dem rheinischen Mitarbeiter der „DWW“ zu sprechen, sich „nur eine Tasche kaufen kann“. Abgesehen davon, daß die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung sich auch nicht einmal die eine Tasche kaufen kann, die, wenn sie gekauft wird, mehrere Modentriebe überdauern muß, so ist die Sicht mit den vielen Extravaganzen und Tageswünschen so überaus dünn, daß daran eine Industrie in dem Ausmaß der deutschen Lederwarenindustrie nicht leben kann. Das Sprichwort: „daß weniger oft mehr ist“, trifft hier in vollstem Maße zu. Mehr Ruhe und Ueberlicht in die Produktion, das muß die Lösung des Tages sein.

Aus dieser Erkenntnis heraus zeigen sich in den letzten Monaten Bestrebungen, auf diese Modenausflüge in irgendeiner Form einwirken zu wollen. Sobald man nicht mehr weiter kann, ruft man eine Kommission an bzw. legt eine solche ein. So wird seit einigen Wochen in dem Reichstier und auch im Offenbacher Fachblatt der Industrie die Notwendigkeit eines Modenausflusses besprochen. In der Schuhindustrie arbeitet man, wie wir hören, bereits mit Erfolg an diesem Problem. Ob dieses auch in der Lederwarenindustrie gelingt, ist heute noch ein Fragezeichen. Wir erinnern uns bei diesem Vorschlag für unsere Industrie an die Inschrift einer Bierunterlage: „Wenn unser Herrgott bei Erschaffung der Welt eine Kommission eingesetzt hätte, so wäre sie heute noch nicht fertig.“ Wenn wir Zweifel an der Möglichkeit des Erfolges hegen, im Gegensatz zu der Schuhindustrie, so schon einfach aus dem Grunde, weil seit Jahrzehnten Offenbach und Berlin an zwei verschiedenen Seilen ziehen.

Dieses gilt ganz allgemein. Es fehlt der deutschen Lederwarenindustrie der Kopf und der Mann, der die gewerblichen Belange zu meistern versteht und dabei doch den Eigenheiten der einzelnen örtlichen Industrien Rechnung tragen kann.

Es wäre durchaus notwendig, der Industrie eine starke Führung zu geben in sachtechnischer wie in organisatorischer Beziehung. Wie verschiedene der Wirtschafts- und Berufsfragen aufgefaßt werden, kann der aufmerksamste Beobachter auf dem gegenwärtigen Stand beurteilen, wenn man die beiden leitenden Organe, die Fachzeitschriften der Industrie, mit einander vergleicht. Näher an dieser Stelle darauf einzugehen, soll der Zeit überlassen werden. Am augenblicklich interessiert uns lebhaft, die schon seit

einigen Wochen immer wiederkehrende Forderung der „Deutschen Lederwaren-Industrie“ (Offenbacher Verbandsorgan) auf Steigerung der Verkaufspreise der Fertigfabrikate der Lederwarenindustrie.

Ob die Notwendigkeit vorliegt, eine neue Preisfestsetzung nach oben vorzunehmen, soll von uns nicht unterfucht werden. Wenn wir die Außenhandelsstatistik verfolgen, so können wir feststellen, daß die Lederwarenindustrie mit ihren Verkaufspreisen ständig in Bewegung gewesen ist, ebenso haben die Innenmarktpreise eine starke Veränderung nach oben erfahren, sofern nicht durch die vermehrte Anwendung von technischen Hilfsmitteln, wie in der Kofferindustrie, eine Preisreduktion geboten war. Für heute kommt es uns mehr auf die Begründung an, die man für die neue Preisfestsetzung ins Feld führt. Diese Begründung wirkt um so weniger überzeugend, je mehr man dieselbe automatisch, das heißt gedankenlos immer wieder und seit Jahren wiederholt. In erster Linie sind natürlich die „hohen Löhne“ der Arbeiter daran schuld. Es hat wenig Wert, den Versuch machen zu wollen, die andere Seite zu überzeugen, bzw. darüber eine Verständigung herbeizuführen, wo denn die hohen Löhne eigentlich anfangen. Man muß es dem Unternehmerorgan danken, daß es aus unserem veröffentlichten Material eine sehr übersichtliche Zusammenstellung aller Löhne in der Nr. 11 der „DWW“ gebracht hat, und zwar für den einzelnen Bezirk nach den alten bis Frühjahr geltenden Löhnen, den neuen Löhnen und die für den Herbst zum Teil schon vereinbarten Löhne. Gerade in dieser Aufmachung wird gezeigt, daß die Lederwarenindustrie in ihrer ganzen Lohnentwicklung als ganz besonders im Vordergrund stehend nicht angesprochen werden kann. Es ist aber auch möglich, daß die Absicht mit dieser Veröffentlichung verbunden wurde, besonders auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken hinzuweisen, um so die Lohnpolitik einzelner Bezirke herbeizuführen zu beeinflussen. Sollte dieses die Absicht gewesen sein, so darf einmal gesagt werden, daß gewiß gegenüber den Zeiten des Reichstages für gewisse Städte ein Zurückbleiben des Lohnes zugegeben werden kann. Fragen wir uns aber: Wer hat in erster Linie den Reichstaxi geschlagen, so dürfte die Antwort nicht schwer zu finden sein. Die darauf folgenden Separationen der Arbeitgeber, die, wenn wir richtig sehen, heute auch neue gepflegt werden, haben für viele faule Betriebe die sogenannte freie Hand geschaffen und der heutigen Lohnbildung die Tür geöffnet. Vernünftige Fabrikanten sehen das schon lange ein, aber wo ist auch hier der starke Mann, der in der Industrie Ordnung schafft und den faulen Betrieben den Nährboden entzieht? „Jeder für sich und Gott für uns alle“ so lautet heute die Devise vieler Kreise der Lederwarenindustrie.

Die Lageartikelschreiber in dem Offenbacher Organ sollen einmal die Hand aufs Herz legen und sich fragen, ob es wirklich richtig ist, daß die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen die heutigen hohen Lebenshaltungskosten hervorgerufen haben. Ist es vielmehr nicht richtig, daß die letzte Preissteigerung im vergangenen Winter und in diesem Frühjahr schon lange vordem erfolgt ist, ehe die Arbeiterkraft den Versuch machte, diese Preiswelle auch nur einigermaßen auszugleichen? Haben diese Kritiker nicht ihren Frauen auch ein höheres Gehalt für die Verteuerung von Brot, Fleisch, Zucker, Kartoffeln usw. bewilligen müssen? Ist an ihnen die Mieterhöhung am 1. April spurlos vorbeigegangen? Wir glauben kaum.

Wir fragen ferner: Will man dem großen kaufenden Publikum wirklich erzählen, daß der Lohnanteil am fertigen Produkt so hoch sei, daß unbedingt eine Preiserhöhung folgen müsse? Wenn die in das Chaos hineinführende Produktion und Wirtschaft einiger Lederwarenindustrieller nicht auch durch Maßnahmen der Arbeitgeberorgane gehemmt wird, so werden wir uns veranlaßt sehen, der Bevölkerung in den Großstädten einmal vor Augen zu führen, unter welchen geradezu erbärmlichen Verhältnissen heute die von den breiten Massen gekauften Wochen-

endkoffer, Stadtkoffer, Hartpappentoffer usw. zum Teil hergestellt werden. Es gibt Betriebe, wo mit Hilfe der Gemeindefachbeamten eine ständige Kontrolle geführt werden muß, wenn man verhindern will, daß die Arbeiterkraft 60 bis 70 Stunden die Woche ausgenutzt wird. Will man vielleicht behaupten, daß ein Hartpappentoffer (Länge 65 Zentimeter) versehen mit zwei Sprungschloßern, Fiberecken und Papierfutter, der im Laden mit 6 bis 8 Mark verkauft wird, mit 26% Pfennig Lohnanteil zu hoch durch Arbeitslöhne belastet wird? Dieser Lohn von 26% Pfennig ist zwar Tariflohn und umfaßt alle Arbeiten vom Zuschneid an bis zum Einpacken des Koffers. Wir wissen, daß noch ein Teil „unproduktiver Löhne“ (nach dem Sprachgebrauch der Arbeitgeber) hinzukommt. Auch die maschinelle Arbeit soll unsererseits nicht übersehen werden. Nehmen wir aber alles zusammen, kann man da von einem hohen Lohnanteil sprechen? Diese oben genannten Artikel werden aber auch noch unter diesen Löhnen angefertigt, so daß wir mit Fug und Recht behaupten dürfen:

Der Lohnanteil in der deutschen Lederwarenindustrie beträgt gegenüber den Verkaufspreisen des Fabrikanten und des Detaillisten einen geringen Bruchteil und kann als preiserhöhend nicht ins Feld geführt werden.

Die Preisbildung wird in ihrer steigenden Tendenz mehr durch andere Dinge gefördert, deren Abstellung nicht in unserer Hand allein liegt. Diese Lage ging wieder durch die Tagespresse die Nachricht, daß man auf einer Hüttenauktion wieder einmal verschiedene Lose Kalbfelle von der Auktion zurückzog, weil man die verlangten Preise nicht erzielen konnte. So oft auch diese Praktiken der Hüttenvertreter von uns oder auch von der Tagespresse der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, so hat man in den Kreisen der Lederwarenhändler bisher noch nichts vernommen, diesen Zuständen auf den Leib zu rücken.

Es scheint auch uns fast so, als wenn die volkswirtschaftlichen Kreise Recht haben, die da behaupten, daß auch die Fertigungsindustrie gar kein Interesse an billigen Rohmaterialien haben. Man verdient seine bestimmte Quote, und je höher das Material, um so höher der Verdienst. Vor wenigen Wochen trat ein Fabrikant der Lederwarenbranche an seine Arbeiter heran und verlangte billigere Arbeitslöhne, weil das Material teurer geworden sei. Die Arbeiter lehnten dieses selbstverständlich ab; dann folgte die Diktatur des Fabrikanten und dieser die Bezirksschlichtungskommission, die den Arbeitern Recht gab. So sieht die rauhe Wirklichkeit aus, und da sollte man angesichts solcher Tatsachen, die nicht allein stehen, endlich einmal aufhören, dem kaufenden Publikum die Mär von den hohen Arbeitslöhnen aufzubringen.

Wahr ist, daß kaum ein Gewerbe im Laufe der letzten Jahre einseitig die Vorteile der Rationalisierung und die der Technik in die Tasche gesteckt hat, wie das der Lederwarenindustrie. Doch darüber ein andermal mehr.

## Von der amerikanischen Automobilindustrie.

In einem Teil maßgebender Tageszeitungen war in den letzten Tagen viel von der amerikanischen Automobilindustrie berichtet worden. Dabei muß beachtet werden, daß sie eine der wichtigsten und umfangreichsten Industrien des Landes ist und als Gradmesser der Wirtschaft für die Vereinigten Staaten überhaupt bezeichnet wird. Nicht weniger als 2 Milliarden Dollar sind in dieser Industrie investiert. In der Automobilfabrikation einschließlich der Zubehörindustrie werden jetzt 3 Millionen Menschen beschäftigt. Auch die Zahlen des Rohstoffverbrauches geben ein Bild. Wurden doch nicht weniger als 12 Proz. der gesamten heimischen Metallzeugung, 50 Proz. der Produktion von schmelzbarem Fensterglas, 65 Proz. der gesamten Erzeugung von Koffertierleder und 83 Proz. der Gummieinfuhr für den Automobilbau und dessen Zubehör verarbeitet. Der Wert im Großhandelspreis der im Jahr 1926 erzeugten Kraftwagen betrug über 3066 Millionen Dollar.

Bekannt ist die schon vor Jahren vorgenommene Umstellung. Die Industrie ist mechanisiert. An Stelle zahlreicher Modelle ist man zur Massenfabrikation übergegangen und heute gibt es überhaupt nur 54 Typen in der gesamten amerikanischen Automobilindustrie. Die Absatzmöglichkeit ist weiter dadurch auf breitere Basis gestellt worden, indem man in großzügiger Weise das Abgasungsproblem einführte. Wurden doch 1926 nicht weniger als 63 Proz. der verkauften Autos auf Abgasung erstanden. Die steigenden Absatzfiguren der Wagen geben ferner ein Bild von der Entwicklung und von dem rasanten Anwachsen einer gewaltigen Produktion, wie folgende Zahlen beweisen: Kurz vor dem Kriege betrug die Jahresproduktion an Automobilen in den Vereinigten Staaten 570 000 Wagen; 1917: 1 870 000 Wagen; 1923 (schon 4 Millionen). Es folgte 1924 ein geringer Rückschlag, aber 1925 stellt das Refordjahr dar, denn 4,3 Millionen Autos wurden hergestellt. Das vergangene Jahr 1926 hat diese Refordifferenz nicht halten können; die Produktion betrug 4,254 Millionen Wagen.

Doch man bei der Einstellung der Amerikaner angesichts der großen Bedeutung, die die Automobilindustrie für die gesamte Volkswirtschaft hat, über den Rückgang der Jahresproduktion und ihre Ursachen noch forscht, ist er fährlich und natürlich. Denn die ständige Steigerung der Produktion ist ja die Vorbedingung zum wirtschaftlichen Fortschritt. Aber das Frühjahr 1927 brachte nach den vorliegenden Zahlen wieder eine Steigerung. Der Rückgang der Produktionsfiguren in den letzten Monaten 1926 ist einmal auf die Einschränkung der Fordischen Fabrikation zurückzuführen, da Ford vorübergehend einen Teil seiner Werke schloß, um Vorarbeiten für ein neues Modell zu treffen. Andererseits sollen die Händler in Verkennung der Aufnahmefähigkeit des Marktes zu viel Wagen in ihren Lagerbeständen angesammelt haben. Jedoch diese Stauung ist jetzt überwunden. Von Kennern der Verhältnisse wird darauf verwiesen, daß die Automobilproduktion über ungenutzte Absatzreserven im eigenen Lande verfügt. Ein bekannter Wirtschaftsjournalist B. Hayes betonte kürzlich, daß die amerikanische Automobilindustrie in ein entscheidendes neues Stadium der Entwicklung, und zwar in das Zeitalter der Reife eingetreten sei. Sind doch im Jahre 1926 zum ersten Male mehr als die Hälfte der verkauften Autos zum Erwerb der eingedruckten Wagen verkauft worden. Also gemessen an der Gesamtproduktionszahl von 4,254 Millionen Wagen waren es über 2,1 Millionen alte Autos, die auf Abruch kamen oder ins alte Eisen wanderten. Es liegt demzufolge kein Anlaß vor, die allgemeine Lage der amerikanischen Automobilindustrie schwarz zu malen, und die Propheten, die Ende 1926 auch in Deutschland über die unglücklichen Zukunftsaussichten orakelten, treffen nach dem geschilderten Sachverhalt nicht das Richtige.

Andererseits sind die Kämpfe um den Markt innerhalb der amerikanischen Automobilindustrie immer schärfer geworden. Neben Fords Unternehmungen steht die General Motors Comp., die ständig gemehrt ist; dann die kleineren Werte, die im Kampf gegen die beiden ersten Vorposten immer gesunken sind, im Verlauf der weiteren Entwicklung sich untereinander zu verständigen, wenn sie nicht zu kurz kommen wollen.

Zunächst hat die „General Motors Comp.“, die mehrere Unternehmungen umfaßt, die Fordischen Werte überflügelt. Der Umsatz dieser Gesellschaft stieg in den letzten Jahren rapid und die Zahl der Autos im ersten Viertel des Jahres 1927 betrug nicht weniger als 385 000 Stück. Betrug der Gesamtjahresumsatz 1918 268,7 Mill. Dollar, wozu 14,8 Mill. Dollar Reingewinn waren, so

brachte das Refordjahr 1925 einen Umsatz von 734,5 Mill. Dollar. Der Reingewinn wurde auf 106,4 Mill. Dollar gesteigert. 1926 aber waren es schon 1058,1 Mill. Dollar und der Reingewinn betrug 186 Mill. Dollar. Dieser Aufstiege ist nicht nur durch harte Ausbreitung im Ausland, sondern auch im Inland durch die geistige Organisation der General-Motors erzielt worden.

Ford hingegen mußte dabei zurückstehen, denn in aller erster Linie wurde neben den anerkannten, guten Lincoln-Wagen das alte Fordische Modell in Kleinserien hergestellt. Die ältere Form wie auch die technische Anordnung sind bei diesen alten Wagen längst überholt. Dem taustätigen Publikum mit seinen verwöhnten Ansprüchen genügt dieser Wagen nicht mehr. Auch die Konkurrenz tat seit Jahr und Tag das Ihrige, um den Fordwagen herabzusetzen, der doch immerhin als das notwendig billige Transportmittel im Auge das Land eroberte und für den kleineren Mann der gebenede Wagen war. In Zeitungen, Wochenschriften und Filmen wurde der Fordwagen die Hölle des Böses. Einer von diesen lautet: „Kauf einsamer Landstraße begegnet ein Esel einem Ford-Wagen: „Wer bist du?“ fragte der Esel. „Ich bin ein Automobil!“ antwortete der Fordwagen. Da redete ihm der Esel zu voller Höhe und sprach mit Würde: „Und ich bin ein Pferd!“ Der Bericht erstatte des Vorwärts, der in seinem Bericht über „Fords Glück und Ende“ unter anderem diesen Witz brachte, hat sicher recht, daß durch solche Währungen ein ernsthafter Käufer sich nicht vom Kauf eines bewährten Wagens abhalten lassen wird. Aber gegen die Wieldungen, die Ford am Ende sei, zeugen doch joweil Tatsachen, so daß die Behauptung sicher zu früh kommt. Seinen Unternehmungen steht ein Vermögen von 1500 Mill. Dollar zur Verfügung. Dann hat Ford im Jahre 1926 immerhin noch die Kleinigkeit von 100 Millionen Dollar verdient. Und zuletzt ist zu beachten, daß man bei Ford dabei ist, eben ein neues Automobil in mittlerer Preislage herauszubringen. Man wird diesen Wagen dem Zeitgeschmack anpassen und auch technisch erneuern. Also nachdem wird ein neuer Kampf um die Vorherrschaft in der amerikanischen Konkurrenz entbrennen.

Die kleineren Werte dagegen gegenüber der General-Motors und Ford, welche beide über ein riesiges Netz von Verkaufsorganisationen verfügen, keinen leichten Stand. Man wird sich ebenfalls schon in Hinblick auf den kommenden neuen Fordwagen, der mit der von Ford gewohnten, großzügigen Kellame in riesigen Serien das Land überflutet werden, genötigt sehen, sich zu konzentrieren und weitere Zusammenkünfte werden die Folge sein. Dazu kommt noch, daß im verflochtenen Jahr die 14 größten Werte nach General-Motors und Ford einen Gewinnrückgang von 14 Proz. aufzuweisen hatten. Aber dessenungeachtet wird die amerikanische Automobilindustrie nach wie vor die höchsten Dividenden aus.

Nach den neueren Meldungen werden die Zukunftsaussichten von den maßgebenden Fraktionären günstig beurteilt und betont, daß mit der Bekräftigung der Absatzmöglichkeiten, im Inland wie im Ausland, auf absehende Zeit vorläufig nicht zu rechnen sei.

### Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

Vergleicht man die Arbeitslosenziffern der Monate April oder Mai mit denen des Vormonats, so zeigt es sich, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den meisten Ländern ziemlich unverändert geblieben ist. Wenn man aber die vorliegenden Ziffern denen des gleichen Monats

des Jahres 1926 gegenüberstellt, so ist im allgemeinen ein geringer Rückgang oder sogar ein Stillstand zu verzeichnen, während nur in wenigen Ländern eine ins Gewicht fallende Steigerung der Arbeitslosenziffer wahrzunehmen ist. Besonders groß ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Polen und Deutschland, während andererseits Rußland und Italien eine ganz bedeutende Steigerung aufweisen. Im Vergleich mit dem Stande im Jahre 1926 ist die Arbeitslosigkeit in Frankreich allerdings gewaltig gestiegen, aber gegenüber der Rückgang des letzten Monats des Jahres 1927 kann ein bedeutender Rückgang festgestellt werden, und die Befürchtungen, die im Zusammenhang mit der Stabilisierung der französischen und belgischen Währung in Bezug auf die Arbeitsmarktlage genährt wurden, haben sich nicht verwirklicht. Nach den über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern:

**Australien:** Nach den Angaben der über Arbeitslosigkeit berichtenden Gewerkschaften mit rund 442 000 Mitgliedern waren im 1. Vierteljahr 1927 3,9 Proz. der Mitglieder arbeitslos, gegen 5,7 Proz. im 4. Vierteljahr 1926 und 6,7 Proz. im 1. Vierteljahr 1926. In Neuseeland waren von rund 45 000 Gewerkschaftsmitgliedern im 1. Vierteljahr 1927 9,4 Proz., im 4. Vierteljahr 1926 6,7 Proz. und im 1. Vierteljahr 1926 5 Proz. arbeitslos.

**Belgien:** Nach den Angaben von 143 Arbeitlosenlosen mit 608 250 Mitgliedern waren am 30. April 10 609 oder 1,7 Proz. gänzlich und 21 306 oder 3,5 Proz. der Mitglieder teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentziffern waren im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.

**Dänemark:** Nach den Angaben der Gewerkschaften (274 428 Mitglieder) und der öffentlichen Arbeit nachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Mai 20,1, gegen 23,6 im Vormonat und 14,7 Ende April 1926. Mitte Juni wurden im ganzen Lande 53 557 Arbeitslose gezählt, gegen 53 848 in der Vorwoche und 45 200 Mitte Juni 1926.

**Deutschland:** In der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni hat sich die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen von 968 000 auf 806 000, also um rund 163 000 oder 16,8 Proz. verringert. Im Juni 1926 betrug die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen 1 740 754. Nach den Angaben von 30 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden mit 3 469 712 Mitgliedern waren Ende Mai 247 240 oder 7,1 Proz. der Mitglieder gänzlich arbeitslos, und 97 323 oder 2,8 Proz. Kurzarbeiter. Im April waren die entsprechenden Prozentziffern 9 resp. 3,6, Mai 1926 18,1 resp. 18,2.

**Frankreich:** Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Ende Mai 47 827, gegen 58 462 Ende April und nur 388 Ende Mai 1926.

**Italien:** Laut Angaben der öffentlichen Arbeitsnachweise in den größeren Städten betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen Ende Mai 1239, gegen 1723 im Vormonat und 1273 Ende Mai 1926.

**Großbritannien:** Von den ungefahr 12 Millionen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende Mai 8,8 Proz. arbeitslos, gegen 9,4 Proz. im Vormonat und 14,5 Proz. Ende Mai 1926. Die Gesamtzahl der in Großbritannien und Nord-Irland eingetragenen Arbeitslosen war Ende Mai ungefahr 1 015 000, gegen 1 075 000 im Vormonat und 1 675 000 Ende Mai 1926.

### Wirtschaft und Kultur.

#### Religion und Brot.

Hart und gefühlsroh ist unsere Zeit, daß sie so viele Menschen darben läßt, daß sie die Not sieht und doch nicht das Herz hat, diese Verhältnisse zu ändern und grundlegend neu zu gestalten.

Dabei weiß man oft nicht genug der brüderlichen Worte, und Liebe zu predigen ist Beruf so manchem, der dem Leben, dem wirklichen Leben mit seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen völlig teilnahmslos gegenübersteht.

Kann ein sittlich fühlender Mensch Not dulden? Kann ein sittlich fühlender Mensch je glücklich sein, solange noch Not möglich ist?

„Unter täglich Brot gib uns heute!“ Das Wort hat in dem Zusammenhange, in dem es steht, einen tiefen, tiefen Sinn. Wo kein Brot ist, da kann kein innerliches Glück vorhanden sein. Da ist kein Edeltum möglich. Da kann auch keine Religion sein, mögen wir sie so ober so verstehen.

Wie fühlte tief fühlte man einst, als man diese Wortverbindung von Religion und Brot prägte! Ja, wie fühlte tief fühlte man einst, als man — der alten Quellen-Sammlung zufolge — das Brot heute schon für morgen verlangt hat, damit die Not doch nicht ist und damit ohne die Not die Sicherheit und die Ruhe und der Frieden der Seele überhaupt möglich waren.

„Unter täglich Brot gib uns heute!“ Wie plappern doch so viele das Wort! Wir wissen, daß wir uns das Brot selber erlangen und erzwingen müssen, aber wie tief fühlte man seine sittliche Notwendigkeit einst — gegen heute!

#### Dem Reiche des Lebens.

In der Sprache brüht sich das Wesen einer Zeit aus. Darum machte schon Friedrich Engels darauf aufmerksam, wie der zunehmende Kapitalismus immer mehr auch in der Sprache und in ihren Ausdrücken in die Erscheinung getreten ist. Mit diesem Wesen der Sprache als Ausdruck der Zeit hängt es aber auch zusammen, daß Wörter ihren eigentlichen Sinn völlig verändern, ja, daß sie oft eine ganz entgegengesetzte Bedeutung erhalten. So merkt man heute bei der Genußhaft von Raketen recht wenig, obwohl das griechische „gnomos“ nach heißt und Lebensübungen dem Griechen Nachdrängen gewesen sind. So ist es auch mit der Akefe, die heute eine frömm-

terische Enselung bedeutet, aber ursprünglich auch mit jener griechischen Lichtnatur des Selbes und so mit Freude am Leben zusammenhängend.

Stand der Griechen vor Wettkämpfen im Stadion, dann unterwarf er sich freiwillig vorübergehend einem Zwange in seiner Lebensweise. Wie auch heute noch so oft vor Höchstleistungen im Wettkampfe entsteht sich der Grieche dann der Liebe und des Weins. Dazu wurde vor dem Kampfe einige Zeit eine besondere Diät durchgeführt. Und das ganze nannte man „Akefe“, „Akefe“.

Akefe war damit eine vorübergehende Unterdrückung der selbstigen Genüsse um des Lebens willen. Akefe war dem Griechen nicht Selbstzweck. Die Akefe galt der körperlichen Gesundheit und Schönheit und Leistungsfähigkeit. Das Leben und die gesunde Freude am Leben waren das Höhere. Lebensfreude ist Lebenssinn.

Ober entspricht diese Akefe für uns nachchristliche Menschen etwa einem großen nüchternen oder göttlichen Gebote? Entspricht sie vielleicht dem herrschenden Christentum? Nein. Aus im Anfang, als er noch suchte und Werdender war, da hat sich dieser Meister von Nazareth, wie das Neue Testament berichtet, dem Akesteten Johannes dem Täufer zugewandt. Aber diese Akefe befriedigte ihn nicht. Er wandte sich ab von ihr. Selbst vom Weintrinken wird über ihn berichtet und kein Kampf gegen den Wammon und für die Armen war ein ganz klarer und ausgeprägter Kampf um das Recht des Selbes im Dasein.

Wie die Akefe, so ist damit auch die vom Leben erzwingene Not und Enttötung widerständig und unfähig und unreligiös. Entlassung nur, soweit sie dem Leibe dient. Der Leib ist das Höhere und seine Gesundheit und Lebenskraft. Lebensrecht darum und wirtschaftliche Freiheit! Nur in einem gefunden und wohlernährten Leibe kann ein gelunder Geist vorhanden sein.

#### Kultur und Großkern.

Es war schon seit langem aufgestellt, daß die Zahl der nachlässigen Knaben wesentlich höher als die Zahl der nachlässigen Mädchen ist. So hat eine Statistik von Preußen, die 75 000 nachlässige Kinder erfaßt hat, auf 1000 Knaben nur rund 500 Mädchen gefunden.

Andere Untersuchungen aber haben ergeben, daß auch in den Hilfsschulen die Knaben die Mädchen im allgemeinen weit überwiegen, und die Prüfungen haben gezeigt, daß da enge Zusammenhänge zwischen Nachlässig-

und geistiger Fähigkeit vorhanden sind. Auch die Beobachtungen, die Stadtmehdizinalrat Dr. Wülfenheim, Remscheid, nach dieser Richtung bei der Berufsberatung gemacht hat, haben ihm bewiesen, daß diese Zusammenhänge bestehen. So haben z. B. die Kinder, die das Ziel der Schule nicht erreicht haben, fast ausnahmslos Nachschulis aufzuweisen.

Es ist Dr. Wülfenheim natürlich auch bekannt, daß soziale Verhältnisse direkt, ohne den Umweg über die Nachschulis, die geistige Entwicklung beeinflussen, so daß die Leberweisung an die Hilfsschule nötig ist, aber die Tatsache das Zusammenhanges zwischen Nachschulis und geistiger Entwicklung ist von besonderer Bedeutung, denn wir wissen, wie man die Nachschulis vermeiden kann und wie man die Zahl der geistig zurückgebliebenen Kinder damit herabsetzt. Licht und Luft macht die Augen haben, und wenn das Wohnen mangelhaft ist, dann müssen Spielplätze, Waldschulen, Nachschulungsstätten und ähnliche Einrichtungen das Bedürfnis nach Licht und Luft beim Kinde befriedigen.

Aber dann auch gute Ernährung! Daß die vitaminlose, Nachschulis nicht verblende Margarine des Volkes hat, ist bezeichnend. Gebt dem Menschen kein Eincoment! Laßt die Kinder genügend ernährt sein! Aber lieber vermerkt man die großen Mängel für die Hilfsschulen als daß man die Kinder durch gute soziale Verhältnisse für die Normalschule reif macht.

#### Die geistige Reife des Volkes.

Die trotz aller Hemmungen und Schädigungen durch Befreiung drängt, zeigen die Versuche an der neuen Wiener Allgemeinen Mittelschule, die eine Blüchermittelschule für alle 10- bis 14jährigen ist, eine Erneuerung der Grundschule auf die ganze Schulzeit. 61 Proz. der Kinder dieser Schule gehören den proletarischen Schichten an und Vergleiche mit den entsprechenden Klassen des Realgymnasiums 1 haben die Vollwertigkeit der Klassen ergeben. Allerdings geht die Wiener Schulen bekanntlich eine ausgedehnte soziale Fürsorge, Schülerleistung, Schulpforte für Kinder mit schlechten Wohnungsverhältnissen und dgl. parallel. Jedenfalls zeigen die höchst bewundernswürdigen Versuche, über die Prof. Pommer, Wien, in der „Schulreform“ berichtet, zu welcher Kulturhöhe das Volk reif ist, wenn man ihm nur soziales Recht und geistige Freiheit gibt.

# Betrieb und Wirtschaft

## Arbeitsrechtliche Streifzüge.

### 1. Kann der Arbeitgeber die Wahl eines anderen Betriebsratsvorsitzenden verlangen?

Der Betriebsratsvorsitzende, welcher es mit seinen Pflichten ernst nimmt, zieht sich als Vorsitzender und Sachwalter der Interessen der gesamten Belegschaft meist das Wohlwollen der Betriebsleitung zu. Man bedient sich auf Arbeitgeberseite aller Mittel, seinen Einfluß zu brechen. Inwieweit wird der gewählte Betriebsratsvorsitzende von der Firma nicht anerkannt und Verhandlungen mit ihm abgelehnt mit der Begründung, daß derselbe für den Betrieb nicht geeignet, zu radikal oder unhöflich sei oder sonstige für den Arbeitgeber nicht genehme Eigenschaften besitze. Gleichzeitig wird in solchem Falle vom Betriebsrat die Wahl eines anderen Vorsitzenden verlangt. Muß der Betriebsrat derartigen Anträgen der Firma entsprechen? Hat der Arbeitgeber die Möglichkeit, durch Anrufung des Arbeitsgerichts die Befestigung des nicht genehmigten Betriebsratsmitgliedes als Vorsitzenden zu betreiben?

Auf diese Frage gibt das Gesetz einbeutige Antwort. § 20 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß der Betriebsrat, falls er weniger als neun Mitglieder zählt, aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden wählt. Das gleiche gilt für den Arbeiterrat und den Angestelltenrat sowie in größeren Betrieben für den Betriebsausschuß. Die Wahl ist also eine interne Angelegenheit der Betriebsvertretung und ist zwischen Personen, also den übrigen Angehörigen der Belegschaft, insbesondere aber dem Arbeitgeber gänzlich ein Einfluß auf den Ausgang derselben nicht eingeräumt. Er hat in dieser Beziehung weder ein Ablehnungsrecht, noch ein Einspruchsrecht, sofern die Wahl formgerecht vor sich ging. Nur das Verlangen der Firma, einen anderen Vorsitzenden zu bestimmen, kann die Betriebsvertretung zur Tagesordnung übergeben. Die Sicherung der Ausübung der Amtstätigkeit muß durch Anruf des Arbeitsgerichts oder der Strafverfolgungsbehörde erstrebt werden. Das Arbeitsgericht müßte einen Antrag des Arbeitgebers auf Überlegung des Vorsitzenden als unzulässig verwerfen.

### 2. Muß der zur Entlassung kommende Arbeitnehmer Duldung über den Empfang von Lohn- und Arbeitspapieren leisten?

Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses geht nicht unter Begleitumständen vor sich, die dazu führen, daß die zur Unterschrift vorgelegte, meist gedruckte

Empfangsbescheinigung vom Arbeiter gar nicht auf ihren Inhalt geprüft wird. Unbedachte Unterschriftsleistung aber hat schon manchen Arbeiter um wohlverdiente Ansprüche gebracht, die zu stellen er auch nach Austritt aus der Beschäftigung berechtigt gewesen wäre. Nicht jeder Arbeitnehmer ist richtig informiert über alle ihm zustehenden gesetzlichen und tariflichen Rechte. Oft stellt sich erst nachträglich heraus, daß der Verleihenanspruch nicht richtig abgelehnt, die Kündigungserklärung vom Arbeitgeber nicht eingehalten oder sonstige Belange des Arbeiters verletzt wurden. Ein kluges Vorgehen gegen die Firma ist aber in vielen Fällen ausgeschlossen, weil der Arbeiter durch Unterschrift bestätigt hat, daß er nach Erhalt von Lohn und Arbeitspapieren weitere Ansprüche an seinen früheren Arbeitgeber nicht mehr habe. Diese Klausel befindet sich heute meist in den Abgangsbescheinigungen, der Arbeiter beachtet sie nur nicht. Ist nun der Arbeiter überhaupt verpflichtet, beim Abgang aus dem Betrieb irgendeine Duldung zu leisten?

Diese Frage regelt das Bürgerliche Gesetzbuch im § 368. Danach hat der Gläubiger, also der Empfänger einer Leistung, gegen Empfang der Leistung ein schriftliches Empfangsbekenntnis (Quittung) zu erteilen. Dies findet gleichermaßen Anwendung auf Geldbeträge (Lohn), Sachbeträge (Naturalleistungen) sowie Urkunden und Schriftstücke (Arbeitspapiere). In diesem Umfange also muß der aus der Beschäftigung tretende Arbeitnehmer Quittung leisten, wenn dies der Arbeitgeber verlangt. Sonst aber besteht für ihn keine weitere Verpflichtung zur Abgabe einer schriftlichen oder mündlichen Erklärung. Jeder weitere Zusatz auf der vorgelegten Empfangsbescheinigung ist deshalb vom Arbeiter durchzuführen. Weigert sich der Arbeitgeber deshalb, Lohn und Arbeitspapiere auszuhändigen, so ist Klage auf Zahlung des Lohnes, Herausgabe der Papiere und Ersatz des durch die Nichtbehaltung entstandenen Schadens beim Arbeitsgericht anzutragen. Oberster Grundsatze ist auch hier wie bei jedem Rechtsgeschäft im bürgerlichen Leben, keine Unterschrift zu leisten, ohne den Inhalt der Erklärung gelesen und sich klar gemacht zu haben.

### 3. Hat eine vor dem 1. Januar 1919 geschlossene Arbeitsordnung jetzt noch Gültigkeit?

Für alle gewerblichen Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, sowie für offene Verkaufsstellen mit der gleichen Mindestzahl beschäftigter Handlungsgehilfen, für gewollte land- und forstwirtschaftliche sowie bergwerkliche Betriebe ist die

Schaffung einer Arbeitsordnung trotz Gesetzes erforderlich. Während früher der Arbeitgeber die Arbeitsordnung abgeben von der belanglosen Anhörung der großjährigen Arbeitnehmer oder eines etwa bestehenden Arbeitersausschusses, selbständig erließ, gab das Betriebsrätegesetz den Arbeitervertretungen das gleichberechtigte Mitwirkungsrecht bei der Schaffung der Arbeitsordnung. Alle vor dem 1. Januar 1919 erlassenen Arbeitsordnungen waren nach dem Betriebsrätegesetz bis zum 1. September 1920 (später verlängert um einige Monate), durch neue zu ersetzen. In den meisten Betrieben ist dies auch geschehen. Verschiedentlich ist der Neuerlass jedoch unterblieben. Die Gründe sind mannigfaltig und sollen hier nicht interessieren. Welche Rechtswirkung hat die unterbliebene Neuschaffung der Arbeitsordnung zur Folge? Die Gewerkschaften vertreten nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes die Auffassung, daß die alten Arbeitsordnungen durch die gesetzlichen Bestimmungen automatisch außer Kraft gesetzt würden. Doch hat sich die Rechtsprechung in der überwiegenden Mehrzahl der strittigen Fälle bei den Entscheidungen diese Auffassung nicht zu eigen gemacht. Aus diesem Grunde muß damit gerechnet werden, daß auch künftig etwa bestehenden alten Arbeitsordnungen die Rechtskraft nicht abgeprochen wird. Muß sich nun aber ein Arbeitgeber, welcher den Neuerlass der Arbeitsordnung schuldhafterweise nicht in die Wege leitet, nicht strafbar?

Nach § 147 Absatz 1 Ziffer 5 der Gewerbeordnung macht sich ein Unternehmer strafbar, der der angedeuteten Anordnung der Behörde wegen Neuerlass oder Abänderung der Arbeitsordnung nicht nachkommt. Also bedarf es zunächst einmal des Versuches der an der Schaffung der neuen Arbeitsordnung interessierten Kreise, das ist die Betriebsvertretung, eine solche anzustreben. Dies geschieht am besten durch Vorlage eines neuen Entwurfs durch den Betriebs- oder Arbeiterrat. Weigert sich der Arbeitgeber, in die Beratung des Entwurfs einzutreten und entzieht er sich der Verhandlung vor dem etwa angerufenen Schlichtungsausschuß, dann kommt die Arbeitsordnung ohne die Mitwirkung des Arbeitgebers durch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses zustande. Doch kann auch das zuständige Gewerbeaufsichtsamt veranlaßt werden, die Firma zum Neuerlass der Arbeitsordnung anzuhalten. Befehlt dieselbe die behördlichen Anordnungen nicht, dann kann auf Anzeige bei der Strafverfolgungsbehörde die Firma in Strafe genommen werden.

Fr a h n e r i, Leipzig.

**Holland:** Nach den Angaben der subventionierten Arbeitslosenstellen mit 296 188 Mitgliedern waren Ende April 20 993 oder 7,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos, gegen 8,1 Proz. im Vormonat und 5,4 Proz. Ende April 1926. Die Gesamtzahl der bei den 40 bedeutendsten Arbeitsnachweisen des Landes eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 49 356 Männer und 7278 Frauen.

**Italien:** Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende März 227 947, die der teilweise Arbeitslosen 61 599. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 259 059 resp. 53 113, Ende März 1926 290 471 resp. 6333.

**Freistaat Irland:** Von 246 134 Versicherten waren Ende April 25 939 oder 10,5 Proz. arbeitslos, gegen 11 Proz. im Vormonat und 13 Proz. Ende April 1926.

**Kanada:** Nach Angaben von Gewerkschaften mit insgesamt 150 000 Mitgliedern waren Ende April 6 Proz. der Mitglieder arbeitslos, gegen 5,7 Proz. im Vormonat und 7,3 Proz. Ende April 1926.

**Ungarn:** Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 2687, gegen 4028 im Vormonat und 2000 Ende April 1926.

**Norwegen:** Am 16. Mai betrug die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen 28 811, gegen 27 406 im Vormonat und 21 791 am 15. Mai 1926. Nach der alten Berechnungsmethode mit einem gewissen Prozentsatz für Gemeinden ohne Arbeitsnachweise kann die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande auf rund 40 000 geschätzt werden, gegen 46 500 im April und 37 000 Mitte Mai 1926.

**Oesterreich:** Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Oesterreich war Ende Mai 158 332, gegen 161 175 im Vormonat und 154 821 Ende Mai 1926. Außerdem gibt es noch ungefähr 27 000 eingetragene Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen.

**Polen:** Ende April wurden im ganzen Lande 295 863 Arbeitslose gezählt, gegen 208 267 im Vormonat und 303 720 Ende April 1926.

**Rußland:** Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Mai 1 426 000, gegen 1 455 000 am 1. April und 1 070 000 am 1. Mai 1926. Kurzzeit erhalten ungefähr 600 000 dieser Arbeitslosen Unterstützung.

**Schweden:** Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 11 220, gegen 13 508 im Vormonat und 11 320 Ende April 1926. Nach den Angaben der Arbeitslosenstellen mit insgesamt 227 000 Mitgliedern waren 2,8 Proz. der Mitglieder gänzlich und 3 Proz. teilweise arbeitslos.

**Schweden:** Von 258 333 Mitgliedern der bedeutendsten Gewerkschaften waren Ende April 31 882 oder 12,3 Proz. arbeitslos, gegen 14,1 Proz. im Vormonat und

12,3 Proz. Ende April 1926. Bei einer neulich im ganzen Lande vorgenommener Arbeitslosenbefragung wurden insgesamt 60 000 Arbeitslose gezählt.

**Ungarn:** Von ungefähr 154 000 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende April 17 120 oder 11,1 Proz. arbeitslos, gegen 11,8 Proz. im Vormonat und 18,3 Proz. Ende April 1926.

**Tschechoslowakei:** Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 60 260; davon wurden 22 400 unterstützt. Ende April 1926 waren 66 098 Arbeitslose vorhanden.

**Vereinigte Staaten:** Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 10 537 Unternehmen in 54 Industrien umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Personen im April etwas abgenommen und betrug 3 071 884, gegen 3 091 873 im März. Die Indegzahl des Beschäftigungsgrades (1925 = 100) war im April 1927 90,6, gegen 91,4 im März und 92,8 im April 1926.

## Berlins Industrie und Handel.

Das jetzt in seinen Einzelheiten vorliegende Ergebnis der gewerblichen Betriebszählung gibt Veranlassung, an Hand einiger Zahlen einmal Berlin als Industrie- und Handelsstadt zu würdigen.

Insgesamt wurden bei der letztjährigen Zählung in der Stadt Berlin 294 300 gewerbliche Niederlassungen mit 1 711 349 beschäftigten Personen ermittelt. Was diese Zahlen bedeuten, ist daran erläutert, daß es ungefähr ebensoviele gewerbliche Niederlassungen sind, wie Württemberg und Baden zusammen aufzuweisen haben, und fast ebensoviel beschäftigte Personen als in ganz Bayern gezählt wurden. Rund die Hälfte der Betriebe und fast zwei Drittel aller Beschäftigten entfallen auf die industrielle Produktion einschließlich des Handwerks usw., nämlich 137 786 Betriebe mit 1 016 013 Personen. Die gleichen Ziffern für Handel und Verkehr einschließlich Reichspost und Reichsbahn, Gast- und Schankwirtschaft stellen 147 400 Betriebe dar mit 646 454 Personen. Zur Ermöglichung eines vergleichswürdigen Urteils über die Entwicklung Berlins seit der Zeit der letzten gewerblichen Betriebszählung im Jahre 1907 sei erwähnt, daß damals die industriellen und handwerklichen Betriebe einschließlich der Außengebiete Berlins sich bei 805 387 insgesamt beschäftigten Personen auf 140 140 Einheiten beliefen. Handel- und Verkehrsbetriebe zählten damals bei 391 392 beschäftigten Personen rund 117 400 Einheiten. Der heutige Stand mit 294 300 gewerblichen Niederlassungen kommt schon derjenigen Zahl nahe, die 1907 für Berlin einschließlich der ganzen Provinz Brandenburg ermittelt worden ist.

In der Industrie Berlins nimmt die Eisen- und Metallverarbeitung die erste Stelle ein, mit 11 Proz. aller Industriebetriebe und 39 Proz. aller in der Industrie Be-

schäftigten. Die Hälfte davon wiederum entfällt auf die elektrotechnische Industrie. An zweiter Stelle hinter den Eisen- und metallverarbeitenden Industriezweigen steht das Bekleidungs-gewerbe mit 79 341 Betrieben und 206 218 Personen. Es umfaßt gleichzeitig fast das ganze Berliner Hausgewerbe. An weiteren industriellen Gewerbegruppen folgen dann das Baugewerbe, das Nahrungsmittel- und Gemischtwarengewerbe, die Papierindustrie mit dem Veredelungsgewerbe und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.

Recht als die Hälfte, nämlich 53 Proz., aller Betriebe des Handels und 37 Proz. der im Handel Beschäftigten entfallen auf den Einzelhandel, 14 Proz. der Betriebe und 29 Proz. der Personen auf den Großhandel. Das Geld-, Bank- und Börsenwesen sowie das wirtschaftliche Organisationswesen vereinigen 12 bzw. 7 Proz. aller im Handel beschäftigten Personen auf sich. Unter den Zweigen des Großhandels tritt der Handel mit Textilwaren, mit Nahrungsmitteln und Gemischtwaren und mit Eisen- und Stahlwaren besonders stark hervor. Im Einzelhandel sind 54 Warenhäuser mit 16 812 beschäftigten Personen eingegriffen. Fast die Hälfte aller Einzelhandelsbetriebe und etwa ein Drittel des im Einzelhandel beschäftigten Personals entfällt auf den Handel mit Lebensmitteln, Süßwaren und Getränken. Im Geld-, Bank- und Börsenwesen nehmen die Kredit-, Diskont- und Depostbanken mit 804 gewerblichen Niederlassungen und fast 38 500 Personen die erste Stelle ein.

Auf dem Gebiete des Verkehrs zählte das Post- und Telegraphenwesen 160 Betriebe mit fast 51 000 Personen, die Deutsche Reichsbahn 50 Betriebe mit fast 38 000 Personen, die Privatbahnen 34 Betriebe und rund 12 300 Personen, und der Verkehr insgesamt, unter Einfluß der vorstehenden und aller sonstigen Gruppen, 5180 Betriebe mit rund 124 000 Personen. (Schiffahrt, Droschkenwesen, Postenbeförderung, Luftverkehr, Reisevermittlung usw.) Die nicht landwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht zählt 640 Betriebe mit 3250 Personen. Die gleichen Zahlen betragen für das Verkehrswesen 1149 bzw. 15 200, für das Gast-, Post- und Schankwirtschaftsgewerbe 19 478 bzw. 63 628, das Theater-, Musik-, Sport- und Schauspielergewerbe 1236 bzw. 11 000 und für das Gesundheitswesen und das hygienische Gewerbe 6777 bzw. 32 500. Interessant dürfte auch sein, daß auf dem Gebiete des Films 182 Betriebe der Filmaufnahme (mit 3067 Personen) und 308 Betriebe der Filmvorführung (mit 3000 Beschäftigten) gezählt worden sind.

Rund 33 Proz. aller in Berlin beschäftigten Personen sind Frauen (in Süddeutschland 29 Proz., in Sachsen 35 Proz.). Von der Gesamtzahl der beschäftigten Frauen (557 655) entfallen etwa drei Fünftel auf die Industrie und unter den einzelnen Gewerbegruppen 161 034 auf den Handel und 135 549 auf das Bekleidungs-gewerbe. Die Zahl der Motorenbetriebe in Berlin beträgt 31 729, von denen 21 932 auf die Industrie entfallen. Die Gesamtleistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Elektromotoren beträgt 655 036 Pferdestärken, diejenige von Wind-, Wasser- und Dampfmotormaschinen 53 148 Pferdestärken. Die Berliner Kraftfahrzeuge ein-

schließlich Lokomotiven und Triebwagen führen 1,66 Millionen Pferdekräfte, von denen 0,94 Millionen auf die Deutsche Reichsbahn entfallen.

Bodeninflation.

Was den Bodeninflationen das Geschäft verdirbt, zeigt deutlich die Mitteilung einer führenden Tageszeitung vom 28. Juni über die Lage auf dem Terrrainmarkt, daß die Terraingesellschaften gegenwärtig recht zurückhaltend seien mit der Abgabe von Grund und Boden, weil der Bodenpreis durch die im Herbst 1926 neu erlassene Berliner Bauordnung in manchen Gegenden heruntergezogen worden ist (Baumöglichkeit bis zu 3 Geschossen).

einen Versicherungsbestand von 733 738 Versicherungen mit 246 715 017 RM. Versicherungssumme. Die Prämienneinnahme betrug 11 435 277,11 RM., die Einnahme aus Zinsen und Mieten 1 246 837,76 RM.

Die Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1926 schließt in Aktiva und Passiva mit 22 583 264,80 RM. ab. Einige Positionen daraus seien noch erwähnt: Die Volksfürsorge verfügt über einen Grundbesitz im Werte von 1 376 195,46 RM.

Die Volksfürsorge kann mit ihrer Entwicklung im Jahre 1926 durchaus zufrieden sein und ist trotz aller Anfeindungen und Befämpfungen eine große und leistungsfähige Versicherungsge-

beit auf Groß-Berlin wohnen, durch verbilligte Fahrpreise auf der Reichsbahn die Möglichkeit zu erhalten Ausflügen der Arbeitsnachweise zu geben oder zu erleichtern. Arbeiterwohnen erhalten aber grundsätzlich nur die in einem Arbeitsverhältnis stehenden, also nicht die Arbeitslosen.

Bei der Prüfung der Frage, ob den Erwerbslosen die räumlich weit entfernt von ihrem Sacharbeitsnachweise wohnen, durch Fahrverbilligung die Möglichkeit gegeben werden kann, diesen Arbeitsnachweise öfter anzulassen, haben sich erneut Bedenken grundsätzlicher Art ergeben.

Hierzu möchte ich ergebenst bitten, die Angelegenheit zunächst als erledigt anzusehen, zumal es sich bei den Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise handelt. Ich würde, wie Ihnen bekannt ist, in diesem Sinne häufig auf die obersten Landesbehörden ein. Sie wissen fernst, daß gerade diese Frage bei den Verhandlungen im Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung neu geprüft wird.

Rundschau.

Haftungspflicht des Arbeitgebers bei fehlender Betriebsvertretung. In unseren Verufen fehlen trotz aller Hinweise, die Wahl von Betriebsräten und Obmännern nicht zu vernachlässigen, dennoch sehr oft die gesetzlichen Betriebsvertretungen. Schon deshalb ist es geboten, einmal zu prüfen, inwieweit bei bestehenden Betriebsvertretungen eine Haftung des Arbeitgebers besteht.

Da nun den Betriebsvertretungen, insbesondere bei Entlohnungen, ein Mitbestimmungsrecht zusteht, entbehren die Arbeiter und Angestellten diesen Schutz der Betriebsvertreter, wo solche nicht bestehen, erleiden somit Schaden. Hat nun der Arbeitnehmer die Gewißheit, daß seine Kündigung und Entlohnung zu Unrecht erfolgt ist, so kann er nach § 87 BGG. Schadenertrag verlangen.

Im den Zustand zu beistellen, der durch die Klagen im Betriebsratsgesetz geschaffen ist, sind bereits am 25. Februar entsprechende Abänderungsanträge des Betriebsratsgesetzes durch die Reichstagsfraktion der SPD. eingebracht worden.

Daß Schadenertrag wegen unbedingter Entlohnung auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches sehr schwer durchzusetzen sind, wenn sie Erfolg haben sollen, beweist die Auseinandersetzung, die Rechtsanwalt S. Weinberg mit Paul Nikolaus, Gera, hatte. Der letztere hatte in Nr. 2 der Betriebsratszeitschrift davon abgelesen, solche Schadenertraglagen anzustrengen, weil nur in ganz seltenen Fällen die Zahlung einer Entlohnung bei Entlohnung zu erreichen ist.

Seine verbilligten Eisenbahn-Fahrpreise für Arbeitslose. Unsere Vertreter im Bundesratsrat Berlin hatten wiederholt versucht, auch den Erwerbslosen, die im Reich-

Beschaffung von Jahrbüchern. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat mit der Vindcar-Fahrradwert-Altien-Gesellschaft, die bekanntlich ein Unternehmen der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a. ist, einen Lieferungsvertrag auf Jahrbücher abgeschlossen. Dadurch ist den Mitgliedern der im ADGB. zusammengeschlossenen Gewerkschaften, wozu auch unser Verband gehört, Gelegenheit geboten, Qualitätsfahrzeuge zu wirklich günstigen Bedingungen und Preisen zu beziehen. Die Arbeiterbank hat die Verpflichtung übernommen, für unsere Kollegen den Kaufpreis für je ein Fahrrad an die Vindcar-Fahrradwert-Altien-Gesellschaft zu bezahlen. Die Höhe werden dabei ohne jede Abzählung abgegeben. Die Kaufsumme ist in wöchentlichen Raten von 3 M., bzw. monatlichen Raten von 12 M. an die Arbeiterbank zurückzuführen. Die Raten sind vertragsmäßig so niedrig gehalten, damit jeder Erwerbsfähige durch Ersparnis der Fahrgehalte ohne nennenswerte wirtschaftlich fühlbare Belastung ein gutes Fahrrad erwerben kann. Die Vindcar-Fahrradwert-Altien-Gesellschaft stellt 14 verschiedene Fahrradmodelle her, denen allen der außerordentlich stabile Rahmen die größte Stärke und das geschäftliche und formale schöne Merkmal gemeinsam ist. Die Preise bewegen sich zwischen 112 und 135 M. An erster Stelle sind die träglichen Tourenräder zu nennen, welche die gegebenen Modelle für die Berufstätigen sind. Der Preis beträgt für das Herrenrad, das als Innenbügelungs- und Dampflösungsmaschine hergestellt wird, 115 M., für das Damenrad 125 M. Bestellungen auf Vindcar-Fahrräder nehmen die Ortsauslässe des ADGB. entgegen, bei denen auch Bestellformulare und Kataloge erhältlich sind. Der Versand der Räder erfolgt verpackungs- und frachtfrei direkt ab Fabrik an die Adresse des Bestellers. Wir empfehlen den Kollegen, die ein Fahrrad zu erwerben wünschen, von dem Betrag weitestgehend Gebrauch zu machen.

Verbandsnachrichten.

Bom 11. Juli bis 17. Juli ist 28. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Adressenveränderungen.

- Werdau. Vorl.: Arthur Götter, Schulstr. 6.
Oberhausen. Vorl.: Ernst Jäger, Seilerstr. 7.
Krausow. Kass.: Martin Schröder, Weidenstr. 29.
Bauhen. Kass.: Otto Kotel, Dresdener Str. 23.
Guben. Kass.: Max Krüger, Bahnhofstr. 10.
Erlangen. Kass.: Franz Werning, Cederstr. 7.

Sterbefaßel.

München. Am 24. Juni starb unser Mitglied Georg Hausner, Sattler, im Alter von 55 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Berliner Gewerkschaftsbewegung.

Der Ortsauschuß des ADGB. hat seinen 25. Jahresbericht für das abgeschlossene Geschäftsjahr 1926 herausgegeben. In prägnanter Form wird von den reichen Arbeitsgebieten der ihm angeschlossenen freien Verbände berichtet. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage ist die Zahl der Mitglieder - wenn auch gering - gewachsen. Jedoch ist die Zahl von 1912 noch nicht wieder erreicht; nachdem die höchste der Inflationsjahre abgelehbt war. An der Spitze der angeschlossenen Verbände stehen die Metallarbeiter mit 57 634 Mitglieder. Unsere Berliner Ortsverwaltung mit 4 200 Mitglieder steht in der Mitte, an 7. Stelle, von den insgesamt 35 angeschlossenen Verbänden, welche Ende 1926 296 706 Mitglieder zählten gegenüber 311 928 im Jahre 1912. Die Jahreserlösnahme von 1926 betrug 178 304 M., die Ausgabe 153 225 M.

Zugleich gab die Berliner Freigewerkschaftliche Jugendgenossenschaft ihren Bericht heraus. Der Bericht gibt manche Anregung für die praktische Jugendarbeit in den Ortsauschüssen. Gut ausgestattet, mit Bildbeilagen versehen, kostet das Stück für Verbandsmitglieder 50 Pf. Der Bericht ist besonders den Jugendleitern und Interessenten zu empfehlen.

Aus dem Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1926 der Volksfürsorge.

Vornehm sei gesagt, daß für die Versicherungsgeellschaft der deutschen Arbeitnehmerschaft das Berichtsjahr ein Jahr des Erfolges gewesen ist. Es gingen im Jahre 1926 insgesamt 251 371 Versicherungsanträge ein. Ende 1926 hatte die Volksfürsorge